

Kommentar: W.G. Walkhoefer

Deutscher Bundestag
27. November 2014



EINE GANZ BESONDERE AUFGABE,

für den Kopf der Woche. Die große Koalition brauchte ein Jahr, um eine Experten-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte einzusetzen.

Der Beirats-Vorsitzender Richard Schröder hat als einer von mehreren prominenten Sozialdemokraten deutlich gemacht, dass es besser sei, die Einrichtung mit 1600 Mitarbeitern und einem Etat von etwa 100 Millionen Euro im Jahr 2019 zu schließen.

Die Akten können ins Bundesarchiv. So läuft die Möglichkeit der Stasi-Überprüfung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst aus.

2019 jährt sich der Mauerfall zum 30. Mal. Der Solidarpakt II endet.

Der Vorsitzende der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft, Rainer Wagner plädiert, für den Erhalt der Behörde über 2019 hinaus. Schröder und Wagner sind in der Kommission.

Für die Reform der Experten - Kommission - Stasi - Unterlagenbehörde entsendet die Union den Ex-Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt Wolfgang Böhmer und wurde zum Vorsitzenden gewählt. Die letzte DDR-Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl ist dabei, sowie die Wissenschaftler Horst Möller, Hans-Joachim Veen, Manfred Wilke, Rainer Wagner und Wolfgang Wieland.

Es stellt sich die pragmatische Frage, welche Anforderungen in Zukunft an die Aufarbeitung zu stellen sind. Seit 1989 sind über drei Millionen Anträge auf Akteneinsicht beantragt worden. Der Autor dieser Zeilen ist ein Betroffener des UNRECHTSTAATES DDR.

Viele Überlebende wissen bis heute, oft wenig oder nichts über die DDR. Wohin geht diese Entwicklung mit Blick auf unsere Erben, sprich unserer Kinder. Sie erleben öffentlich die alleinige Konkurrenz von Institutionen nebst dem effizienten Einsatz von Geld und Menschen. Denn nicht allein die Stasi-Unterlagenbehörde betreibt Aufarbeitung. Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung und die Zentralen für politische Bildung in Bund und Ländern tun es.

Der neue Kommissions-Chef Böhmer berichtet von jährlichen ca. 60.000 Anträgen auf Akteneinsicht. Die Aufarbeitungsphase ist noch lange nicht abgeschlossen. Es geht darum, allgemeine Erfahrungen und Konsequenzen aus einer Diktatur für die Gestaltung der Demokratie in Zukunft herzuleiten. Der Behörden-Leiter Roland Jahn schließt sich dieser Meinung an. Die Auswertung, als Erfahrungen einer Diktatur ist nützlich. Der einstige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) bezeichnet die Zugänglichkeit der Akten, weil sie gesichert bleiben müssen, zur Fortsetzung von Aufklärung, Bildung und Forschung. Einen konkreten Rahmen wird die Kommission festlegen. Sie soll im Verlauf des folgenden Jahres Vorschläge unterbreiten. Das letzte Wort haben dann die parlamentarischen Volksvertreter im Jahr 2017 im Bundestag.